



Junges Engagement in Europa:

Engagement- und Demokratieförderung der Europäischen Union für junge Menschen und Jugendorganisationen

Das zivilgesellschaftliche Engagement junger Menschen liegt der EU am Herzen und ist bereits in der EU-Jugendstrategie, dem wichtigsten Dokument der EU-Jugendpolitik festgeschrieben. Innerhalb der aktuellen EU-Jugendstrategie 2019-2027 ist die »Teilhabe« als eines der Leitprinzipien der Strategie verankert.

Die Förderung von Beteiligung und zivilgesellschaftlichem Engagement wird darüber hinaus in den drei Teilbereichen der EU-Jugendstrategie »Beteiligung. Begegnung. Befähigung.« weiter vertieft. Im Rahmen des Teilbereichs »Beteiligung« betont die EU-Jugendstrategie, dass »[d]ie Schaffung von Möglichkeiten für das Engagement junger Menschen nicht nur in ihrem täglichen Leben, sondern auch im demokratischen Leben [...] von entscheidender Bedeutung für eine funktionierende Demokratie und die Gesellschaft im Ganzen [ist]«. Diesen Gedanken weiterführend, setzt es sich die EU-Jugendstrategie u.a. zum Ziel »die inklusive demokratische Teilhabe von allen jungen Menschen an der Gesellschaft und am demokratischen Prozess zu fördern und zu unterstützen« sowie die »Möglichkeiten des ›Erwerbs von Partizipationskompetenz‹ [zu] unterstützen und [zu] entwickeln, indem Interesse an partizipativen Maßnahmen geweckt wird und junge Menschen unterstützt werden, sich auf die Teilhabe vorzubereiten«¹.

Auch die anderen beiden Teilbereiche der EU-Jugendstrategie setzen es sich zum Ziel, Engagementmöglichkeiten für und demokratische Kompetenzen von jungen Menschen zu fördern, indem sie sich beispielsweise für die Zugänglichkeit von Angeboten und die Befähigung junger Menschen einsetzt. Dabei schreibt die EU-Jugendstrategie der Jugendarbeit explizit eine Schlüsselrolle bei diesen Aktivitäten zu und versteht es folglich als wichtigen Beitrag zur Demokratie- und Engagementförderung in der EU, Jugendarbeit zu fördern. Dies führt auf praktischer Ebene dazu, dass die EU europaweit-tätigen

¹ Entwurf einer Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu einem Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa: die EU-Jugendstrategie 2019-2027: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:42018Y1218\(01\)&from=DE](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:42018Y1218(01)&from=DE)

Jugendorganisation über das Programm Erasmus+ eine strukturelle Förderung für ihre Aktivitäten zukommen lässt.

Die Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement beziehungsweise gesellschaftlicher Teilhabe überträgt sich aber auch insgesamt in die EU-Förderprogramme im Jugendbereich, namentlich Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps, deren Aufgabe die inhaltliche Untermauerung der EU-Jugendstrategie ist. Dies geschieht einerseits indem in beiden Programmen die Programmpriorität »Partizipation« als eines von vier Schwerpunkten gesetzt ist, was zur Folge hat, dass Projekte diesen Aspekt in der Beantragung von Fördermitteln besonders berücksichtigen müssen.

Andererseits führt die EU Kommission neben dieser grundsätzlichen Prioritätensetzung in den beiden Förderprogrammen Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps auch Förderformate ein, die es explizit zum Ziel haben, die Beteiligung und das Engagement junger Menschen in Europa zu fördern. Zu diesen Formaten gehören exemplarisch die sogenannten »Jugendpartizipationsprojekte«, die im Rahmen von Erasmus+ Jugend förderfähig sind. Ihre Zielsetzung ist es Projekte zu fördern, die die »Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene anregen, fördern und erleichtern«².

Im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps lassen sich darüber hinaus sogenannte »Solidaritätsprojekte« fördern, zu deren Zielsetzung es gehört lokale Projekte junger Menschen rund um das Thema Solidarität finanziell zu unterstützen.

Insgesamt tragen diese Fördermöglichkeiten damit nicht nur zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie bei, sondern bieten auch an und für sich hervorragende Möglichkeiten das Engagement, die zivilgesellschaftliche Teilhabe und die demokratischen Kompetenzen junger Menschen zu bilden und zu fördern.

Diese Annahme stützen auch die Forschungsergebnisse aus der Begleitforschung zu den beiden Programmen Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps. Hier zeigt sich, dass Personen, die an einem durch Erasmus+ Jugend oder den Europäischen Solidaritätskorps geförderten Projekt teilgenommen haben, sich nach dem Projekt deutlich häufiger zivilgesellschaftlich und/oder politisch engagieren, als sie dies vor der Teilnahme am Projekt getan haben. Darüber hinaus gaben sie in den Befragungen an, dass sich auch ihre demokratischen/partizipativen Fähigkeiten im Verlauf des Projektes gesteigert hätten.

Um Engagement und Demokratieförderung für junge Menschen auch außerhalb der EU voranzutreiben, veröffentlichte die EU-Kommission gemeinsam mit dem Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik im Oktober 2022 erstmals den »Jugendaktionsplan für das auswärtige Handeln der Europäischen Union im Zeitraum 2022-

² Erasmus+: Aktivitäten zur Förderung der Jugendbeteiligung: <https://erasmus-plus.ec.europa.eu/de/programme-guide/part-b/key-action-1/youth-participation>

2027«. Der Aktionsplan beruht auf insgesamt drei Säulen, die analog zu den drei Kernbereichen der EU-Jugendstrategie angelegt sind: »Partnerschaft für Beteiligung«, »Partnerschaft für Befähigung« und »Partnerschaft für Begegnung«.

Über die »Partnerschaft für Beteiligung« wird sich die EU künftig dafür einsetzen, dass junge Menschen und Jugendorganisationen auch außerhalb der EU an politischen Entscheidungsfindungsprozessen stärker beteiligt werden. Mit der »Partnerschaft für Befähigung« möchte die EU sich für die Bekämpfung von Ungleichheiten und die Ausstattung junger Menschen mit Kompetenzen und Hilfsmitteln für ihre Entfaltung einsetzen. Dies soll geschehen, indem Bildungssysteme gestärkt, der Zugang junger Menschen zu wirtschaftlichen Chancen gestärkt und die Fähigkeiten junger Menschen, z.B. in Hinblick auf Digitalisierung oder Nachhaltigkeit ausgebaut werden. Die »Partnerschaft für Begegnung« soll künftig Mobilitäts-, Austausch- und Vernetzungsmaßnahmen für junge Menschen weltweit bieten. Über den Youth Empowerment Fund sollen für diese Zielsetzungen mehr als 10 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Diese nicht abschließende Liste von Aktivitäten der Europäischen Union, die unter anderem das Engagement der EU im Bereich Kinder ausklammert, zeigt, wie breit die Europäische Union im Feld der Engagement- und Demokratieförderung für junge Menschen aufgestellt ist und welche vielfältigen Fördermöglichkeiten sich in diesem Bereich bieten.

Aus der Nutzer*innenperspektive zeigen sich jedoch Verbesserungspotenziale bei der Engagement- und Demokratieförderung der EU. Zu kritisieren ist z.B. die mangelnde Niedrigschwelligkeit der vorgestellten Förderangebote. Auch wenn diese Angebote explizit darauf ausgerichtet sind, junge Menschen in ihrem Engagement unmittelbar zu unterstützen, zeigt die Praxis jedoch, dass dies unter anderem auf Grund komplizierter Antragsverfahren für Fördermittel faktisch kaum möglich ist.

Autorin

Dorothee Ammermann ist Referentin für europäische Jugend- und Bildungspolitik bei der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej).

Kontakt: dorothee.ammermann@evangelische-jugend.de

Weitere Informationen: www.evangelische-jugend.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa@b-b-e.de

www.b-b-e.de